

Großbritannien hat die Wahl

Der Vorsprung der Konservativen vor Labour und Liberalen ist gering. Nach den Wahlen am Donnerstag könnte eine Koalition nötig werden – und das Mehrheitswahlrecht zur Disposition stehen. **Seite 2**



Eine Kindheit im Krieg

Ingar Brueggemanns Erinnerungen füllen ein Buch. Bilanz eines Lebens, das in Kriegszeiten begann. Im Frühjahr 1945 – ein großes Aufatmen. Später wusste sie: Es war eine Befreiung. **Seite 3**



Grundstücke

Urteile zu Datschen – ein Überblick / Wie sollten sich Freizeitkapitäne versichern? / Jobben im Studium – Teil 6

Standpunkt

Gesten fürs Schaufenster

Von Roland Etzel

Die westliche Wertegemeinschaft zeigt sich erneut sehr ungehalten über Ahmadinedschad. Manche ihrer Diplomaten auf der New Yorker Nachfolgekonferenz verließen den Saal, als der Iraner sprach. Das steht ihnen frei. Ob es auch klug war, lässt sich nur sagen, wenn man das damit verfolgte Verhandlungsziel kennt. Aus den USA verlautete, man habe gehofft, dass zu Konferenzbeginn die von Washington gewünschten scharfen Sanktionen gegen Iran wegen dessen Atomprogramm bereits verabschiedet seien. Diese Enttäuschung ist spürbar.

Konstruktiv im Sinne der Zielstellung der Konferenz ist dies freilich nicht. Wer Diskussionsprozesse auf die beschriebene Weise präjudizieren will, erhärtet nur den – iranischen – Verdacht, an einer einvernehmlichen Lösung, also auch unter Berücksichtigung legitimer Interessen Teherans, nicht sonderlich interessiert zu sein. Auch die EU-Staaten schwimmen in diesem Fahrwasser.

Einer nicht sehr diplomatischen Rede mit einer eigenen konfrontativen Geste zu begegnen, ist deshalb mehr als fragwürdig, auch von deutscher Seite. Selbst wenn die geäußerte Empörung echt war: Die Abgesandten der Staaten sind in New York nicht zur Garden-Party geladen, sondern zu mitunter härtestem Streit. Das haben Verhandlungen so an sich. Schaufenstergesten sind da ebenso fehl am Platz wie aufgesetzte Wehleidigkeit.

Unten links

Wer weiß schon, wie ein Kabeljau aussieht. Grünlich kann er sein oder bräunlich. Oder ein rötliches Fleckenmuster haben. Schön ist er, der Kabeljau. Dem durchschnittlichen Fischesser ist sein Aussehen aber ganz egal, denn wenn er ihm begegnet, sind die Farben längst erloschen. Er fragt sich, was auf dem Schild mit dem Preis steht und ob die Griechen vor dem Fischpreis halt machen werden. Doch keine Panik! Eine Studie zeigt: Die Kaufkraft hat sich vervielfacht, alles wurde billiger, gemessen an der Zeit, die es zum Erarbeiten braucht. Für einen Fernseher rackerte man 1960 mehrere Wochen, heute sind es noch anderthalb Tage. Ein halbes Pfund Butter kostet vier Minuten Arbeit, vor 50 Jahren waren es 39, ein Bier brauchte früher eine Viertelstunde und ist heute in drei Minuten verdient. So langsam kann man gar nicht mehr arbeiten, um noch nüchtern nach Hause zu gelangen. Alles, alles ist billiger, viel billiger, kaum noch der Rede wert. Mit einer Ausnahme – dem Kabeljau. *uka*

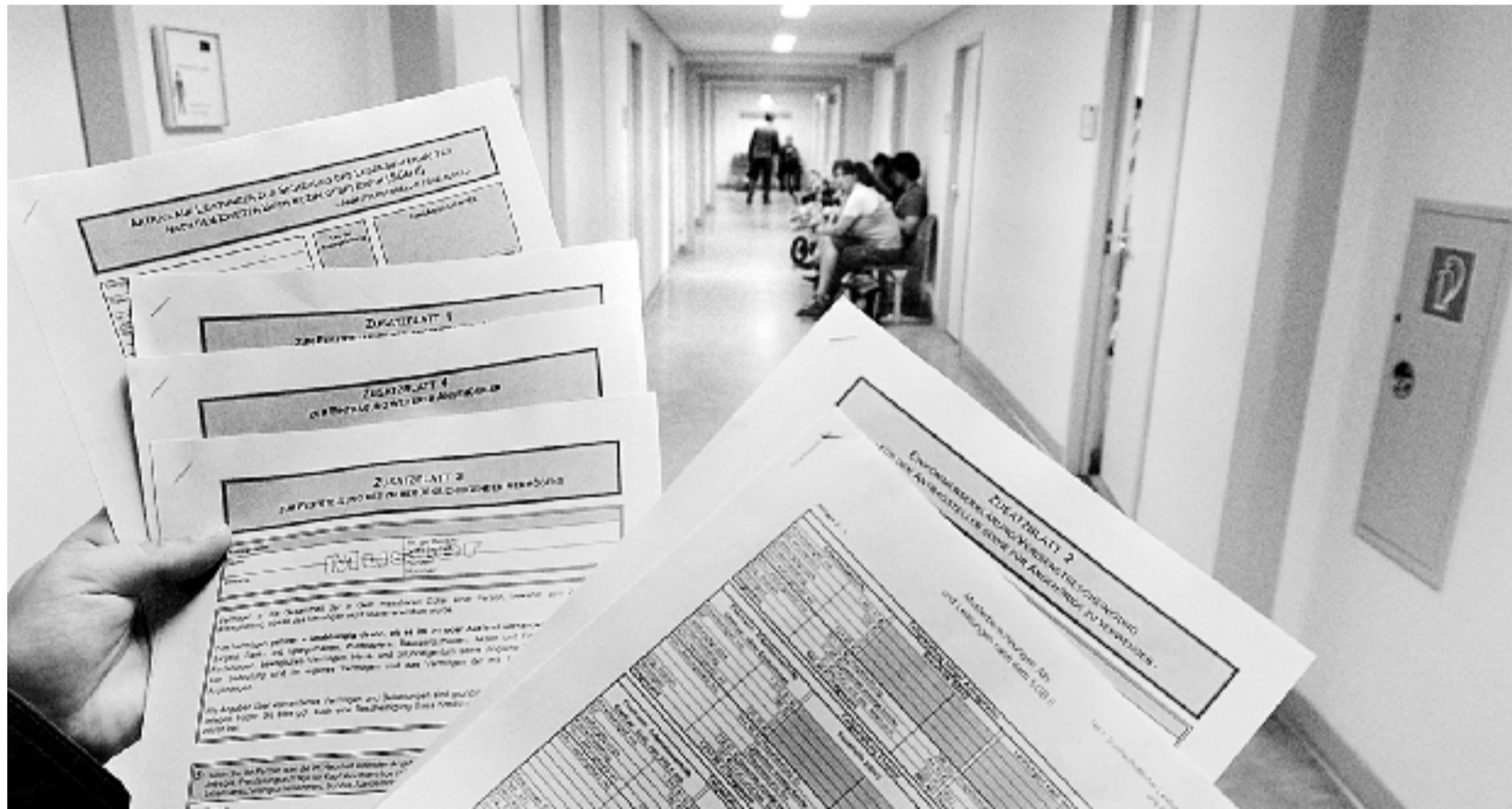
www.neues-deutschland.de

Postvertriebsstück / Entgelt bezahlt
Einzelpreise Ausland:
Dänemark Mo-Fr 11,50 DKK/Sa 13,50 DKK;
Österreich 1,60/1,80 EUR;
Slowakei 1,70/1,90 EUR;
Tschechien 61/66 CZK; Ungarn 470/550 Ft;
Polen 6,60/7,00 PLN ISSN 0323-4940



Arbeit schützt vor Armut nicht

Mehr als 1,3 Millionen Erwerbstätige mussten 2009 ihr Gehalt mit Hartz IV aufstocken



Immer mehr Geringverdiener müssen nach der Arbeit den Gang zum Amt antreten.

ND-Foto: Burkhard Lange

Von Fabian Lambeck

Immer mehr Erwerbstätige sind auf zusätzliche staatliche Leistungen angewiesen. Im vergangenen Jahr bezogen durchschnittlich 1,325 Millionen Erwerbstätige ergänzende Hartz-IV-Leistungen, berichtete die »Süddeutsche Zeitung« mit Verweis auf Statistiken der Bundesagentur für Arbeit. Demnach subventionierte der Staat die Lohndrücker der Arbeitgeber allein im vergangenen Jahr mit 10,9 Milliarden Euro.

Sie sitzen an der Supermarktkasse, fahren Pizza aus oder arbeiten in der Restaurantküche: Immer mehr Erwerbstätige, die etwa in der Gastronomie- oder Dienstleistungsbranche arbeiten, sind auf Hartz IV angewiesen. Die Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) belegt diesen Trend. So waren 2007 noch 1,22 Millionen Erwerbstätige auf Hartz-IV-Leistungen angewiesen. Zwei Jahre später, Ende 2009, waren es bereits 1,325 Millionen mehr.

Nach Berechnungen der Bundesagentur für Arbeit verdienen

im vergangenen Jahr durchschnittlich 1,325 Millionen Berufstätige so wenig, dass sie Hartz-IV-Leistungen beziehen mussten.

Mehr als 300 000 von ihnen arbeiteten dabei sogar Vollzeit. »Arm durch Arbeit« nennen Experten dieses seit langem bekannte Phänomen. Nach wie vor fehlt in Deutschland ein gesetzlicher, branchenübergreifender Mindestlohn. Die BA schreitet erst ein, wenn Arbeitgeber weniger als drei Euro pro Stunde zahlen.

Wie die »Süddeutsche Zeitung« schreibt, ist die Zahl derjenigen, die trotz Vollzeitjob unter dem Existenzminimum liegen, in den letzten Jahren leicht zurückgegangen. Der DGB-Arbeitsmarktpol Experte Wilhelm Adamy meinte gegenüber der Zeitung, dass dies vor allem dem Ausbau des Kinderzuschlages, des Wohngeldes und der wachsenden Zahl von Mindestlöhnen in einzelnen Branchen zu verdanken sei. »Der Niedriglohnsektor wächst, aber mit ihm nicht die Zahl der Niedriglöhner, die aufstockend Anspruch auf Hartz IV haben«, so

Adamy wörtlich. Was Adamy nicht sagte: Die Zahl der schlecht bezahlten Arbeitnehmer ist also keinesfalls gesunken. Doch der im Jahr 2007 eingeführte Kinderzuschlag und das Wohngeld verhindern offenbar, dass sie in den Hartz-IV-Bezug abrutschen.

Während die Zahl der Vollzeitbeschäftigten auf Hartz IV also schrumpft, wächst im Gegenzug die Zahl der Aufstocker mit einem Lohn von weniger als 400 Euro. Diese Langzeitarbeitslosen oder auch Minijobber dürfen monatlich bis zu 400 Euro hinzuverdienen. Allerdings landen davon später maximal 160 Euro auf dem Konto. Der Rest wird mit dem Regelsatz verrechnet. Im vergangenen Jahr zählte die Bundesagentur rund 700 000 dieser Minijobber. Das sind fast 100 000 mehr als 2007. Ihr Anteil an allen Aufstockern stieg in diesen zwei Jahren damit von 52,6 Prozent auf 56,9 Prozent.

Fakt ist: Die Hartz-Reformen haben zu einer massiven Zunahme prekärer Beschäftigung geführt. So

waren im Juni 2005, also kurz nach Einführung der rot-grünen Reformen, 1,5 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf Hartz IV angewiesen. Im September 2009 war ihr Anteil bereits auf 2,6 Prozent gestiegen.

Viele Arbeitgeber haben in den letzten Jahren Vollzeitstellen gestrichen und in Minijobs umgewandelt. Für sie sind die 400-Euro-Jobber viel günstiger als richtige Beschäftigte. So müssen Arbeitgeber für diese geringfügig Beschäftigten lediglich eine Pauschale von 30 Prozent abführen.

Bei der Bundesagentur hält man die Zunahme an Minijobbern jedoch für ein positives Signal. »Das zeigt uns, dass viele Hartz-Empfänger nicht abwarten, bis sie einen adäquaten Job gefunden haben. Sie nehmen auch schlechter bezahlte Jobs in Kauf«, sagte eine BA-Sprecherin der Nachrichtenagentur dpa. Diese Subvention von Billigjobs kostete die Agentur im vergangenen Jahr übrigens 10,9 Milliarden Euro.

Kommentar Seite 8

Banken geben sich hilfsbereit

Deutsche Geldhäuser wollen KfW-Anleihen für Griechenland zeichnen

Berlin (dpa/ND). Die deutschen Banken und Versicherer beteiligen sich freiwillig an dem Milliarden-Rettungspaket für Griechenland. Sie wollen bestehende Kreditlinien gegenüber Griechenland und griechischen Banken aufrechterhalten und zudem Anleihen der Staatsbank KfW kaufen, mit denen diese sich Geld borgt, um die deutschen Notfall-Kredite zu finanzieren. Zum Umfang der Hilfen wollten Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann und Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) am Dienstag in Berlin keine näheren Angaben machen. Industrieunternehmen, die sich ebenfalls beteiligen sollten, hatten zuvor abgewinkt.

Schäuble nannte den Beitrag eine »ganz klare Botschaft«. Er könne dazu führen, dass die staatli-

chen Hilfen von Internationalem Währungsfonds (IWF) und den Euro-Partnern von bis zu 110 Milliarden Euro für drei Jahre geringer ausfallen. Politik und Wirtschaft zeigten gemeinsam Verantwortung, sagte Schäuble und dankte Ackermann ausdrücklich: »Die Politik wird bei der Erfüllung einer schwierigen Aufgabe von Vertretern der Finanzwirtschaft nicht alleingelassen.« Ackermann sprach von einem wichtigen Signal an die Welt und die Finanzmärkte, das zeige, dass die Finanzwirtschaft von dem Hilfsprogramm für Athen überzeugt sei und voll dahinter stehe.

Als »absolute Nullnummer« kritisierte der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel die Ankündigungen der deutschen Banken, sich an den

Griechenland-Hilfen zu beteiligen. »Es gibt keinerlei konkrete Zusagen. Die Banken versprechen lediglich die Selbstverständlichkeit, ihren normalen Geschäftsbetrieb aufrechtzuerhalten«, sagte er.

Die Euroländer stellen Athen bis Ende 2012 zusammen bis zu 80 Milliarden Euro bereit, der IWF weitere 30 Milliarden. Aus Deutschland kommen Not-Kredite von bis zu 22,4 Milliarden Euro, allein 8,4 Milliarden noch in diesem Jahr.

Am Dienstag berieten die Bundestagsfraktionen über ergänzende Maßnahmen. Union und FDP wollen vor allem die Euro-Stabilitätskriterien verschärfen, während die Opposition auf eine bessere Kontrolle der Finanzmärkte drängt. **Seiten 7, 8 und 16**

USA nennen Zahl ihrer Atomwaffen

Aufregung in New York über Ahmadinedschad

New York (AFP/ND). Erstmals haben die USA genaue Zahlen zu ihrem Atomwaffenarsenal offengelegt. Das Land verfüge über 5113 Atomsprengköpfe, teilte das Pentagon am Montag in Washington mit. Bundesaußenminister Guido Westerwelle begrüßte in Berlin »diese mutige Entscheidung« Washingtons, die Vertrauen für mögliche weitere Abrüstungsschritte schaffe. Die US-Regierung habe sich zu einem Ende der bisherigen Geheimhaltung entschlossen, um »im Namen der atomaren Nichtverbreitung die Transparenz über die Arsenale zu erhöhen«, teilte das US-Verteidigungsministerium mit. Seit 1961 hatten die USA keinerlei Zahlen mehr zu ihrem Atomarsenal offengelegt.

Den Angaben zufolge verschroteten die USA zwischen 1994 und 2009 genau 8748 Atomsprengköpfe. »Tausende weitere Sprengköpfe erwartet dasselbe Schicksal«, teilte das Ministerium mit. In der Zahl von 5113 Sprengköpfen, was dem Stand von Ende September 2009 entspricht, seien die bereits zur Verschrottung vorgesehenen nicht eingerechnet; enthalten seien aber alle strategischen und nichtstrategischen sowie alle stationierten wie nicht stationierten Sprengköpfe.

US-Außenministerin Hillary Clinton forderte in ihrer Rede zum Auftakt der UN-Atomkonferenz, Verstöße gegen den Atomwaffen-sperrvertrag nicht folgenlos hinzunehmen. Sie ging auch auf die Rede des iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad vor den Konferenzteilnehmern ein. »Irans Präsident hat heute morgen wieder die abgenutzten, falschen und bisweilen absurden Anschuldigungen gegen die USA und andere Länder wiederholt«, sagte Clinton. Ahmadinedschad hatte den USA vorgeworfen, sein Land mit Atomwaffen zu bedrohen. Delegierte vor allem aus EU-Ländern hatten während der Rede demonstrativ den Saal verlassen. Am Dienstag forderte Teheran eine unabhängige Untersuchung, um die Angaben der USA zu ihrem Atomwaffenarsenal zu prüfen. **Seite 6**

A N Z E I G E

MÖBEL OASE

EXTRA RABATT
AUF FREIGEPLANTE EINBAUKÜCHEN

NACHLASS
BIS 33%
AUF EINBAUKÜCHEN

*nähere Information
www.moebel-oase.de

KÜCHENSONDERFINANZIERUNG +
0% **36 MONATE** LAUFZEIT

+ Küchenlieferung & Montage
FÜR ALLE EINBAUKÜCHEN-NEUVERTRÄGE
BIS TL. 05. 2010
zzgl. Preis für Elektro- & Wasseranschlüsse **nur 250,-**